

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.00 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zwischengeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Streik in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der größte Teil der Berliner bürgerlichen Blätter ist infolge des Streiks im Zeitungsgewerbe heute wiederum nicht erschienen.

M. Berlin, 8. Oktober. Am Streik der Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe sind laut Vorwärts 2400 männliche und weibliche Angestellte beteiligt. Von der Ausperrung sind etwa 5-6000 Arbeiter betroffen, die sich in der Hauptsache auf die Verbände der Buchdruckerhilfsarbeiter und Buchbinder verteilen.

Die Bedingungen für den Frieden zwischen Rußland und Polen.

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Fahne meldet am 6. Oktober aus Christiana: Die von der russischen und ukrainischen Delegation vorgeschlagene Grenzlinie zwischen Polen einerseits und Rußland und der Ukraine andererseits verläuft die Grenzen zwischen Weißrußland und Litauen wo sich Swislotach und Memel treffen und verläuft über die Orte Swislotach, Rudina, Bjesowjesch, Kamener-Elowst, Minsk, Brest-Litowsk, Bilschisch, Luboml, Wladimir Wolinsk, Krasnow, die alte Grenzlinie zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn bis zum Dnjestr, wo er die rumänische Grenze trifft. Die Grenze wird gebildet durch die Eisenbahnlinie Bialystok-Brest-Litowsk. Die russischen und polnischen Truppen müssen sobald als möglich auf eine Entfernung von 25 Werst beiderseits der Grenzen zurückgezogen werden, so daß eine neutrale Zone von 50 Werst entsteht. Die Vorkämpfer anerkennen das Recht der nationalen Minderheiten und beide Teile verzichten gegenseitig auf die Entschädigung aller Kriegskosten. Das während des Krieges auf die andre Seite des Territoriums gebrachte Eigentum muß zurückerstattet werden.

Der „heilige Krieg“ gegen den Kapitalismus.

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Note Fahne berichtet am 6. Oktober aus London: Der Berichterstatter des Daily Herald, Brailsford, sandte folgendes Telegramm aus Baku: Aus den Besprechungen mit den Mitgliedern des Bakuer Kongresses haben wir den Eindruck gewonnen, daß in der Geschichte des Orients ein neues Zeitalter eintritt. Nachdem man die Ansprachen und Reden in fünf Sprachen überhört hatte, äußerte sich das Einverständnis der Kongreßteilnehmer in großen Beifallstunungen. Obwohl einige arabische Gelehrte erklärten, daß die Grundidee des Bolschewismus schon im altchirwirdigen Geiste des Islam enthalten seien, habe diese Bewegung doch nichts mit dem Kommunismus zu tun, sondern richte sich gegen den europäischen Kapitalismus. Der heilige Krieg wurde ausgerufen. Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als Sinowjew den heiligen Krieg gegen den Kapitalismus ausrief.

Derliche Streiks in Oberschlesien.

Kattowich, 6. Oktober. Auf Befehl der Interalliierten Kommission in Opeln wurde gestern ein Materialienverwalter verhaftet, weil er bei einer Verschiebung von Waffen Beihilfe geleistet haben sollte. In der Verurteilung, daß der Verhaftete verurteilt werden sollte, trat heute morgen die Arbeiter- und Beamtenchaft der Station Kandrzin in den Streik, jedoch der Verkehr unterbunden war. Sofort eingeleitete Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission in Opeln und der Eisenbahndirektion Kattowich führten zu dem Ergebnis, daß die Streikenden heute nachmittags den Dienst wieder aufnehmen. Auch in Kattowich war auf die Kunde von den Vorgängen in Kandrzin ein mehrstündiger Sympathiestreik ausgebrochen.

Eine polnische Abordnung in Paris.

Paris, 6. Oktober. Wie Temps mitteilt, ist eine Abordnung aus polnischen Verteidigungsausschüssen aus Oberschlesien in Paris angekommen. Diese Abordnung hat die Absicht, vom Völkerbund die Entziehung des Stimmrechts für die außerhalb Oberschlesiens wohnenden Oberschlesier zu verlangen.

Generallstreik in Portugal.

Madrid, 7. Oktober. Die Agentur Fabra meldet über Bigo das Gerücht, daß in allen Städten Portugals der Generallstreik erklärt worden sei.

Nach einer anderen Meldung berichten Reisende aus Portugal, daß das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung, die Eisenbahner, die eingeschriebenen Seeleute, die Bergarbeiter und die Bäcker die Arbeit vollkommen niedergelegt haben. Nur auf einigen kleinen Orten haben die Eisenbahner ihren Posten noch nicht verlassen. Die portugiesische Regierung ist, wie die Reisenden berichten, der Überzeugung, daß die ganze Bewegung einen revolutionären Charakter trägt.

Frankreich gegen Oesterreichs Anschluß an Deutschland.

Die französische Regierungspresse wendet sich scharf gegen den Beschluß der österreichischen Nationalversammlung auf Veranstaltung einer Volksabstimmung in Oesterreich in der Frage des Anschlusses an Deutschland. Die Zeitungen erklären, daß für Frankreich auch ein Beschluß für den Anschluß keine Veranlassung sein werde, von diesem ablehnenden Standpunkt abzuweichen. Das bedeute keinen Eingriff in die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs, die durch die Verträge von St. Germain und Versailles durchaus sichergestellt sei.

Diese Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ist eine freche Verhöhnung. Der Imperialismus tritt dies Recht mit Füßen. Nur seine Überwindung durch das Proletariat kann das Recht der Völker herstellen.

Aus Paris wird gemeldet: Der Berichterstatter für auswärtige Politik der Chicago Tribune teilt mit, die französische Regierung habe in Washington, London und Rom sondiert, ob man dort erste Schritte unternehmen wolle, um die österreichische Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland zu verhindern. Die französische Regierung habe darauf hingewiesen, daß die Verträge von Versailles und St. Germain keine Volksabstimmung vorsehen. Man nehme an, daß bei einem Referendum das österreichische Volk seiner Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage und seiner Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen in einer Vereinigung mit Deutschland Ausdruck verleihen werde und daß Deutschland durch einen offiziellen Akt den Anschluß gutheißen werde. Man hoffe in Paris, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien in wirtschaftliche Zwangsmittel, wie A. B. eine Blockade gegen Deutschland und die Einstellung aller Hilfsaktionen für Oesterreich, einwirken werde. Die Drohung einer Einstellung der amerikanischen Hilfe werde sicher einen sehr starken Eindruck machen, und das französische Auswärtige Amt hoffe, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auch einen entsprechenden Einfluß auf die privaten amerikanischen Hilfsaktionen ausüben werde.

Chicago Tribune fügt hinzu, daß England und Italien der Ansicht seien, Oesterreich werde auf die Zwangsmittel hin nachgeben, da es die Rolle eines Neulandens spiele, der unaufhörlich Hilfe brauche. Sie schließen mit der Bemerkung, es herrsche die Meinung, daß alle separatistischen Bewegungen in Deutschland nur Scheinmanöver sind und Vorbereitungen seien, um Oesterreich als Bundesstaat anzunehmen.

Die deutsche Regierung gegen den Anschluß Oesterreichs?

Wien, 8. Oktober. (M.) Der ehemalige Minister des Äußeren Czernin, der jetzt als Kandidat der Demokratischen Partei in Wien austritt, hat in einer gestrigen Wählerversammlung u. a. mitgeteilt, daß er aus sehr guter Quelle erfahren habe, daß Deutschland gegen den Anschluß Oesterreichs sei, da es Repressalien Frankreichs im Anseinde befürchtet.

Zur Frage der englisch-russischen Handelsbeziehungen.

London, 7. Oktober. Krasin hat einen langen Brief an Wood George geschickt, worin er ihm die einzelnen Bedürfnisse Rußlands an Kohlen und Fabrikaten aufzählt. Krasin bezieht auf den reichen Vorkommen eines Handelsabkommens und hebt hervor, daß zahlreiche Bestellungen auf Lokomotiven und anderes Eisenbahnmateriale, ferner auf Maschinen, Werkzeuge, Lastautos, elektrische Maschinen und chemische Produkte, sowie Arzneimittel von England übernommen werden könnten. Die Sowjetregierung lasse sich nicht mehr Besatzung in Gold, sondern in Waren vor. Das in Nepal deponierte Gold sei lediglich als Sicherheit für die durch englische Banken geleisteten Darlehen gedacht. Das Gold solle nur im Falle der Nichtlieferung der Waren während des laufenden Finanzjahres benutzt werden. Die englischen Finanzkreise sehen diesem Vorschlag nicht günstig gegenüber.

London, 7. Oktober. Der ausführende Rat der Vereinigung der englischen Handelskammern hat sich in einer Entschiedenheit gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen, solange nicht alle nationalen, kommunalen und Privat-schulden Rußlands aus der Zeit vor dem Kriege anerkannt werden.

Verhärfung des Konflikts im englischen Bergbau.

M. London, 7. Oktober. Der Bergarbeiterkonflikt hat sich von neuem verhärfert. Gestern abend wurde berichtet, daß die Konferenz der Bergarbeiter von Yorkshire beschloffen habe, ihren Mitglieder anzuraten, gegen den Vorschlag der Grubenbesitzer zu stimmen. Infolge dieses Beschlusses ist kaum noch eine Mehrheit für den Vorschlag zur Lösung des Konflikts zu erwarten. Man erwartet in den nächsten Wochen eine große Spannung zwischen den Bergarbeitern.

London, 6. Oktober. In Südwest, Derbyshire, Nottinghamshire, Leicestershire, Lancashire und anderen Kohlenbezirken wurde heute zum Protest gegen die vorgeschlagene Beilegung des Konflikts gestreikt. In zahlreichen Bezirken waren Streikposten der sogenannten kommunistischen Rotgardisten gebildet, die die Bergleute durch Drohungen an dem Einfahren verhindern wollten. Auf einem Bergwerk in Lancashire sahen 500 Bergleute trotz des Streikpostens ein.

London, 7. Oktober. Die Kohlenförderung in der letzten Septemberwoche ist gegenüber der Vorwoche um 140 100 Tonnen gestiegen. Die Förderungsziffer übersteigt um 4000 Tonnen die Zahl, die angenommen wurde, um nach den Vorschlägen der Grubenbesitzer den Tageslohn um einen Schilling zu erhöhen.

Spaltung der württembergischen Landesorganisation der U. S. P. D.

Ueber die Vorgänge auf der Landesversammlung in Stuttgart wird uns von dort geschrieben:

Der Tagung ging ein scharfes Presseplänkchen voraus, das im Sozialdemokrat zwischen den Redakteuren Böttcher und Schüler ausgetauscht wurde.

Böttcher ließ alle Mienen für das Moskauer Diktat springen. Er versuchte mit allen Mitteln das Landesparteiorgan im ausschließlichen Sinne der Moskauer Bannballe zu dirigieren. Spontanisch wurden von Böttcher und seinen Freunden die Genossen des Landes bearbeitet. Mit den demagogischsten Mitteln wurden die zuerst sehr vernünftigen und überlegenden Genossen gegen die Führer aufgestachelt. So sammelte sich denn im Laufe der Zeit eine Menge Konfliktstoff an, der jeden Augenblick zu explodieren drohte.

Denklich hob sich bei den Auseinandersetzungen eine Linie ab, die auf die Spaltung der Partei hinführte. Böttcher und seine Freunde ließen keinen Zweifel darüber, daß sie fest entschlossen sind, der Partei das Moskauer Diktat selbst um den Preis der Auseinanderreißung der Partei aufzuzwingen. Die ihre Absicht haben sie auf der außerordentlichen Landesversammlung in der Tat umgesetzt!

Mehrere Tage zuvor wurde die Regie von den Botsführern der Parteispalter eingeübt. Sie war von vornherein darauf angelegt, die Ergebnisse des Parteitages und der Landesversammlung selbst vorwegzunehmen durch die Sprengung der Landesversammlung und die Auseinanderreißung der württembergischen Landesorganisation. Durch einen lähnen Handreich gedachten die „Linken“ den Parteiparagrafen und das Parteiorgan, den Stuttgarter Sozialdemokrat, in die Hand zu bekommen. Diese Absicht konnten sie teilweise verwirklichen.

Die Landesversammlung wurde gestoppt. Es gelang den Sprengern zwar nicht, den Parteiparagrafen zu erobern, aber sie ergriffen Besitz von dem Parteiorgan, was ihnen nur deshalb gelang, weil der Geschäftsführer der Druckereigenossenschaft im letzten Augenblick, als er merkte, daß die Mehrheit der Delegierten auf Seiten der Parteispalter war, umfiel und in das Lager der Parteispalter desertierte. Mit ihm desertierten aus dem gleichen Grunde noch einige Partei- und Gewerkschaftsangehörige. Das sind die moralisch läuternden Wirkungen des Moskauer Diktats! Wie es gemacht wurde.

In einer Sonderkonferenz, die am Sonnabendvormittag stattfand, hatten die Regisseure der Parteispalter die Taktik im einzelnen festgelegt. Gleich nach der Eröffnung der Landeskonferenz brachte einer der Parteispalter den Antrag ein, die Neuwahl der Körperschaften der Landesorganisation auf die Tagesordnung zu setzen; ein Antrag, der in unbedingtem Widerspruch zu dem Organisationsstatut der württembergischen Landesorganisation stand. Vergebens wies der Landesvorstand darauf hin, daß der Antrag im Widerspruch zu der Verfassung stehe, die sich die Landesorganisation erst ein halbes Jahr vorher unter Zustimmung der heutigen Parteispalter gegeben habe.

Die Parteivererber erhoben den Antrag trotz aller Einwände zum Beschluß. Der Landesvorstand, der alles getan hatte, um die Aktionsfähigkeit und Einheit der Partei zu wahren, sollte eben beseitigt und an seine Stelle ein Landesvorstand der Parteispalter gesetzt werden! Auf diesen Beschluß hin verlangte der Landesvorstand, daß ihm vor der Vornahme der Neuwahl Gelegenheit gegeben werde, über seine bisherige Tätigkeit und die Kassenführung Bericht zu erstatten. Gegen dieses selbstverständliche Verlangen wandten sich die Vorkämpfer der Parteigerührer, voran der Landespartei sekretär Kemmle, mit den demagogischsten Einwänden. Kemmle führte den Bericht des Landesvorstandes deshalb, weil ihm im Bericht nachgewiesen worden wäre, daß er sich von der Partei wohl das Gehalt ausbezahlt ließ, aber den übernommenen Pflichten so gut wie gar nicht nachkam, da die vorbereitenden Arbeiten für die Parteispaltung fast seine ganze Arbeitszeit absorbierten.

So wurde denn, nachdem man noch zuvor das Verhältnisswahlverfahren für die Wahl der Delegierten zum Halleischen Parteitag beseitigt hatte, der Antrag des Landesvorstandes abgelehnt.

Nach dieser unerhörten Vergewaltigung beantragte der Landesvorstand eine halbstündige Unterbrechung der Tagung, um zu der geschaffenen Lage Stellung nehmen zu können. Auch dieser Antrag wurde unter dem Gejohle der fanatisierten Anhänger der Böttcher und Kemmle niedergestimmt. Die Parteigerührer dokumentierten dadurch, daß sie auf alle Fälle die Gegner der Aufnahmeverordnungen vergewaltigen und die Partei spalten wollten. Unter diesen Umständen blieb dem Landesvorstand und den Genossen, die nach wie vor das Parteiprogramm der U. S. P. anerkennen, nichts andres übrig, als die Spaltpläne unter sich zu lassen und die Tagung zu verlassen. Bei vielen Delegierten, die